

Steuerpolitik – Wie weiter?

Reiner Eichenberger

Das „Steuerpaket“ will die Steuerbelastung senken. Das ist gut. Weniger gut sind die gewählten Mittel.

Steuern beeinflussen die Wirtschaft zweifach: Die *Gesamtsteuerbelastung* beeinflusst „Totalentscheidungen“, d.h. ob Menschen im betreffenden Land überhaupt wirtschaftlich tätig werden und ob sie zu- oder abwandern. Die *Grenzsteuerbelastung* (die Steuer auf einen zusätzlich verdienten Franken) beeinflusst ihre „Marginalentscheidungen“, d.h. wie viel sie arbeiten, lernen und investieren, und inwieweit sie ihr Einkommen deklarieren. Dabei sind die Arbeits-, Investitions- und Bildungsanreize umso kleiner und die Steuerhinterziehungsanreize umso grösser, je höher die Grenzsteuersätze sind. Weil das Wirtschaftsleben vor allem aus Marginalentscheidungen besteht, ist die Grenzsteuerbelastung viel wichtiger als die Gesamtsteuerbelastung.

Dem entgegen zielt das Steuerpaket stärker auf die Gesamt- als auf die Grenzsteuerbelastung. Bei der Reform der Familienbesteuerung weist zwar das Ehe-Teilsplitting in die richtige Richtung. Gleichwohl entspringt die anvisierte Steuerreduktion zum grossen Teil der Erhöhung von Freibeträgen. Doch Freibeträge mindern die Steuereinnahmen, ohne dass die Grenzsteuersätze markant sinken und ohne dass die Wirtschaft wirklich entlastet wird. Doch damit nicht genug. Für die Gesamtwirkung entscheidend ist, wie Bund, Kantone und Gemeinden auf die Einnahmefälle reagieren. Einerseits werden sie weniger ausgeben, was sehr gut ist, falls sie am richtigen Ort sparen. Andererseits besteht die Gefahr, dass sie über kurz oder lang andere Steuern erhöhen und geplante Steuersenkungen nicht vornehmen. So dürfte der Bund die Mehrwertsteuern, und die Kantone und Gemeinden ihre Steuerfüsse erhöhen oder zumindest nicht senken. Dadurch steigt die Grenzbesteuerung von Einkommen und Konsum ganz direkt. Die Arbeits-, Ausbildungs-, Konsum- und Investitionsanreize sinken, und die Anreize zu Steuerminimierung und -hinterziehung wachsen.

Noch problematischer ist die Reform der Wohneigentumsbesteuerung. Dort soll neues Wohneigentum mittels Freibeträgen fürs Bausparen subventioniert werden. Dafür gibt es aber

keine gute Begründung. Denn Wohneigentum bietet oft nicht nur eine tiefe reale Rendite, sondern stellt angesichts der Marktschwankungen auch ein grosses finanzielles Risiko dar. Zudem macht Wohneigentum immobil, was Gift für den Arbeitsmarkt ist. Überdies ist die tiefe Eigentumsquote in der Schweiz kein schlechtes, sondern ein gutes Zeichen. Viele Menschen sind Mieter geblieben, weil der Schweizer Mietmarkt im internationalen Vergleich recht gut funktioniert. Dagegen bewirkt die staatlich subventionierte Nachfrage nach Wohneigentum vor allem zweierlei: Sie nützt dem Baugewerbe sowie den Bausparvertragsanbietern, und sie erhöht die Preise für Bauland und bestehende Liegenschaften. Für die vielbeschworenen jungen Familien bleibt da trotz Steuergeschenken wenig übrig.

Bleibt die Frage, weshalb ein Parlament ein solches Paket schnürt. Ein gutes Steuersystem mit tiefen Grenzsteuersätzen und wenig Freibeträgen würde der Allgemeinheit nützen. Da aber Politiker in Proporzsystemen mit lokalen Wahlkreisen immer nur kleine Minderheiten vertreten, bringt es ihnen wenig, für ein effektives Steuersystem einzutreten. Sie suchen viel mehr nach spezifischen Vergünstigungen für ihre Klientel, wofür sich persönliche Freibeträge und gezielte Steuersubventionen viel besser eignen.

Diese Überlegungen machen deutlich, dass es nach der Abstimmung übers Steuerpaket ganz unabhängig von ihrem Ausgang weitere Steuerreformen braucht.